

Sprechstunde hat nur wenig Zulauf ^{WFA} 8.10.

Der Beirat will das Angebot für behinderte Menschen trotz schleppenden Starts beibehalten.

Von Anja Carolina Siebel

Brigitte Hallenberg hatte sich mehr Resonanz versprochen. Die Vorsitzende des Behindertenbeirats bot Ende September mit zwei anderen Beiratsmitgliedern erstmals die Sprechstunde für Menschen mit Handicap im Rathaus an. „Leider nutzten nur sehr wenige das Angebot“, sagt sie. Sie sei sich aber bewusst, dass „das Ganze erst einmal anlaufen“ müsse. Und: „Wir werden auf jeden Fall weitermachen.“

Ziel soll sein, Menschen mit Behinderung und deren Angehörigen eine Anlaufstelle zu bieten, wo sie sich zu bestimmten Themen, die ihren speziellen Lebensalltag betreffen, informieren können. Hallenberg: „Wir bieten den Besuchern unserer Sprechstunde auch Gelegenheit, uns Hinweise und Anregungen zur Barrierefreiheit in der Stadt zu geben.“

Gleichwohl die erste Sprechstunde kaum genutzt wurde, werden am 18. Oktober wieder zwei Mitglieder des Behindertenbeirates im Rathaus sitzen. „In der Hoffnung, dass irgendwann mehr Menschen davon erfahren“, sagt Hallen-

berg. Möglicherweise wollen die Beiratsmitglieder noch mit Plakaten auf das Angebot hinweisen.

Es gibt erst einmal Termine bis zum 20. Dezember

Erst einmal sind die Sprechstunden im Rathaus bis 20. Dezember terminiert. „Wir möchten das aber auch nach der Neuwahl des Behindertenbeirats fortgeführt wissen“, unterstreicht Brigitte Hallenberg.

Wie berichtet, sollen die Neuwahlen am 17. Januar stattfinden. Die Konstituierung hatte sich verzögert, weil die WNK/UWG beantragt hatte, künftig den Behindertenbeirat per Urwahl wählen zu lassen. Behinderte und nicht nur ihre Vertreter hätten dann im Beirat mitarbeiten können. Es gebe in Wermelskirchen eine starke Lobby, die das verhindern wolle, mutmaßte der Fraktionsvorsitzende von WNK/UWG, Henning Rehse in

der Ratssitzung. Deshalb hätte sich seine Fraktion an den Landschaftsverband Rheinland gewandt und gebeten, der LVR möge sich für eine einheitliche Regelung in ganz NRW einsetzen.

Die Konsequenz: Der Behindertenbeirat wird zunächst so gewählt wie bisher. Elf Vertreter aus Verbänden, Vereinen, Initiativen und Selbsthilfegruppen werden den Beirat bilden. „Es wird auch in den nächsten Tagen einen offiziellen Aufruf geben, damit alle genug Zeit haben, potenzielle Vertreter anzusprechen“, kündigt Brigitte Hallenberg an.

Sie hoffe, dass auch über die Neuwahl hinaus die Behindertensprechstunde existieren könne. „Uns liegt das sehr am Herzen“, betont sie. Wer nicht ins Rathaus kommen kann oder will, kann sich telefonisch (☎ 710-501) oder per E-Mail (info.bmb@wermelskirchen.de) an die Behindertenvertreter wenden. » Standpunkt

Die nächste Sprechstunde im Rathaus, Zimmer 2.35, findet am Dienstag, 18. Oktober, in der Zeit von 14 bis 17 Uhr statt.



Menschen mit Behinderung haben oft Fragen zu ihrem Lebensalltag und zu Barrierefreiheit. Dem will der Beirat Rechnung tragen. Foto: Keusch

Polizeiwache ab 2018 wieder frei?

WNKUWG kritisiert den Fassaden-Baustopp für die ehemalige Wache. Bürgermeister Rainer Bleek rechtfertigt den „alternativlosen“ Schritt.

BH
17.10.

VON UDO TEIFEL

WERMELSKIRCHEN Es gibt wenigstens fünf Gründe, warum die Stadtverwaltung einen Baustopp für die Fassadensanierung der ehemaligen Polizeiwache plant, wenn vielleicht schon ab Dezember die ersten Flüchtlinge dort untergebracht werden. „Wir haben lange geprüft, aber dieser Schritt ist alternativlos“, sagte gestern auf Anfrage Bürgermeister Rainer Bleek. Er hofft, dass 2018 die Volkshochschule, das Stadt- wie auch das BGV-Archiv in die ehemalige Wache einziehen werden. „Das ist jedenfalls mein Ziel.“

Herbe Kritik am Fassaden-Baustopp für die Wache gibt es von der WNKUWG. „Dieser Schritt bestätigt und potenziert das, was wir bereits im Vorfeld und in der Ratssitzung als Grund für unsere Ablehnung dieser Unterbringungsmöglichkeit kundgetan haben“, formulierte gestern der Fraktionsvorsitzende Henning Rehse. „Das nun über zehn

Jahre auch hinsichtlich des Anblicks während Leiden einer zentralen Adresse in der Innenstadt wird auf unabsehbare Zeit weitergehen.“

Mag die Entscheidung zu diesem Schritt aus Sicht der Verwaltung mal wieder begründet „alternativlos“ sein, zeige diese rasante Entwick-

„Das schon zehn Jahre während Leiden wird auf unabsehbare Zeit weitergehen“

Henning Rehse

lung, wie falsch der Mehrheitsbeschluss für die Unterbringung von Flüchtlingen im ehemaligen Polizeigebäude sei, erklärte der Politiker.

Für Bleek sind es diese fünf Gründe, die zu dieser Entscheidung geführt hätten.

● Das Gebäude muss komplett eingerüstet werden. „Da ist nicht si-

chergestellt, dass Kinder oder andere Personen über die Gerüste klettern“, so Bleek. Die Unfallgefahr sei zu groß, die Stadt könne diese Haftung nicht übernehmen.

● Während der Betonsanierung müssen die Fenster geschlossen bleiben, bei Strahlarbeiten würden die Scheiben sogar mit Folie überklebt. „Damit ist eine Nutzung der Räume eingeschränkt, eine Belüftung kaum noch möglich.“ Auch gelange durch die Folie weniger Licht in die Räume.

Im Rathaus hätten die Mitarbeiter die gleichen Probleme gehabt, berichtete Bleek. „Wir haben das organisatorisch lösen können – die Arbeitszeit wurde auf 6 Uhr vorgezogen, Ganztagskräfte sind nachmittags auf ruhigere Arbeitsplätze von Halbtagskräften gewechselt.“

● Während der Arbeiten müssen laut Bleek die Räume ungehindert zugänglich sein. „Es geht dabei um Wassereintrug oder Steinschäden. Der freie Zugang würde sich auf die Intimsphäre der Menschen auswirken. Das geht einfach nicht.“

● Mit dem Start der Arbeiten würde die Dämmung entfernt. Damit würden die Heizkosten explodieren.

● Im Polizeigebäude muss für die spätere Nutzung ein Aufzug eingebaut werden, um es behindertengerecht zu machen. Damit wäre der Haupteingang geschlossen.

Was nach seiner Ansicht derzeit eher wie Stolpersteine wirke, sei das Vergaberecht. „Das behindert uns schon“, berichtet der Bürgermeister. Er sei aber sicher, dass die Arbeiten (Brandmeldeanlage, Umbau und Einbau von Sanitäranlagen) bis zum Jahresende abgeschlossen seien. Denn im Dezember könnten die ersten Flüchtlinge vielleicht schon einziehen.



Geschützt, aber nicht eingerüstet ist die ehemalige Polizeiwache neben dem Rathaus.

FOTO: TEIFEL

Fraktionen verhandeln über Nachfolger

WGA-18.10

Beigeordneter Dr. Prusa tritt zur Wiederwahl an, Jürgen Graef verlängert vielleicht.

Von Karsten Mittelstädt

Spätestens in der Sitzung am 12. Dezember soll der Rat entscheiden, wie es personell in der Stadtverwaltung weitergeht. Denn personelle Veränderungen stehen im neuen Jahr an. Beide Dezernenten, sowohl Jürgen Graef als auch Dr. André Benedict Prusa, könnten wechseln: Graef in den Ruhestand, Prusa in eine neue berufliche Position. Die Amtszeit beider Wahlbeamten läuft aus.

Jürgen Graef, der bereits seit 23 Jahren bei der Stadtverwaltung arbeitet, könnte zum 30. Juni 2017 in den Ruhestand wechseln. Frühestens sechs Monate vor Ablauf der Amtszeit dürfte ein Nachfolger gewählt werden. Es sei denn, Jürgen Graef beantragt die Verlängerung seiner Amtszeit um bis zu drei Jahre. „Das ist möglich“, bestätigt Bürgermeister Rainer Bleek auf WGA-Anfrage. Allerdings müsste sich Graef bis Jahresende entscheiden, die Verlängerung beantragen, und der Rat müsste dem zu-



Beigeordneter Jürgen Graef (CDU). Er könnte zum 30. Juni in den Ruhestand wechseln oder für bis zu drei Jahre verlängern.



Beigeordneter Dr. André Benedict Prusa (CDU), seine achtjährige Amtszeit endet am 31. August nächsten Jahres. Archivfotos: Herbert Draheim

stimmen. Andernfalls könnte Graefs Stelle frühestens im Januar ausgeschrieben werden. Wie er sich entscheidet, ist noch offen. „Das werde ich nach Gesprächen im politischen Raum zu gegebener Zeit mitteilen“, sagte Graef.

Anders sieht die Situation bei der Dezernentenstelle von Dr. Prusa aus. Gibt es eine Mehrheit im Rat, die für die Wiederwahl des Technischen Beigeordneten votiert, wird er die Wahl annehmen. „Ich werde zur Wiederwahl antreten“, versicherte der Technische Beigeordnete gestern auf Anfrage des WGA.

In den nächsten Wochen werden die Weichen für die personellen Veränderungen (oder auch nicht) gestellt. Bleek: Ich gehe davon aus, dass jetzt nach den Herbstferien die

politischen Gespräche dazu beginnen und die Parteien bis zur Ratssitzung im Dezember ihre Positionen festgelegt haben.“

Bei der WNK UWG gibt es bereits einen Fraktionsbeschluss. Beide Stellen sollen neu ausgeschrieben werden. „Wir sind da völlig offen“, erklärte Henning Rehse auf Anfrage. Sowohl Dr. Prusa als auch externe Bewerber könnten die Zustimmung der WNK UWG erhalten. Allerdings war der Fraktion zum Zeitpunkt des Beschlusses noch nicht bekannt, dass Beigeordneter Jürgen Graef eine Verlängerung beantragen kann. Auch das will Rehse nicht ausschließen.

Beim Bürgerforum gibt es noch keinen Beschluss, aber eine Tendenz. „Wir glauben, es ist besser, beide Stellen neu auszuschreiben“, sagt Frakti-

onsvorsitzender Oliver Platt. „Veränderungen in beiden Positionen bringen den notwendigen frischen Wind in die Stadtverwaltung.“ Er persönlich befürchtet, dass es zu einer Abmachung zwischen CDU und SPD kommt, in der das CDU-Mitglied Dr. Prusa für acht Jahre wiedergewählt wird, die SPD dafür im Anschluss an die Ära Graef (CDU) einen SPD-Mann auf den Posten hieven darf.

Oliver Platt (BüFo) fürchtet einen Handel zwischen CDU und SPD

Auch wenn die beiden Beigeordneten als CDU-Mitglieder ohnehin an den Fraktionssitzungen teilnehmen, werden sie zur nächsten Fraktionssitzung am 20. Oktober eingeladen, um sich zu erklären. „Danach werden wir Gespräche

DIE BEIGEORDNETEN

JÜRGEN GRAEF Er ist seit 1. Juli 1993 für die Stadtverwaltung tätig. Als Erster Beigeordneter ist er sowohl für die Bereiche Ordnung und Sicherheit, als auch für den Sozialbereich zuständig. Graef wurde bereits dreimal zum Beigeordneten gewählt. Jürgen Graef ist CDU-Mitglied.

DR. ANDRÉ BENEDICT PRUSA Er ist Technischer Beigeordneter der Stadtverwaltung und für den Bereich Stadtplanung, Tiefbau und Gebäudemanagement zuständig. Er wurde vor acht Jahren erstmals gewählt und wird in 2017 zur Wiederwahl antreten, erklärte er gestern. Dr. Prusa ist CDU-Mitglied.

mit den anderen Fraktionen führen.“ Eine Wiederwahl Prusas kann sich Fraktionsvorsitzender Christian Klicki (CDU) vorstellen. „Dr. Prusa ist ausgewiesener Fachmann.“ Ob Graef einen Verlängerungsantrag stellen könne, müsse erst beamtenrechtlich geprüft werden. Festlegen will sich Klicki nicht, ebenso wie die Fraktion

der Grünen. Auch Jochen Bilstein (SPD) möchte sich noch nicht festlegen lassen, sondern erst die Gespräche seiner Fraktion mit den anderen Parteien abwarten. „Wir werden mit der CDU, aber auch mit Grünen und Büfo über das Thema sprechen und dann eine Verhandlungsposition vorlegen“, sagt Bilstein.

» Standpunkt

ZEUGNIS

Ein Jahr als Bürgermeister

für: *Rainer Bleek*

Leistungen:

Kompetenz	gut
Bürgernähe/-service	sehr gut
Umgang mit Flüchtlingsunterbringung	ausreichend -
Probleme lösen	befriedigend
Transparenz der Verwaltung	befriedigend
Verlässlichkeit	sehr gut
Fleiß	gut
Menschlicher Umgang	sehr gut

Bemerkungen:

Die Leistungen des Bürgermeisters als Chef der Verwaltung können weitgehend nur so gut oder schlecht sein, wie seine Führungskräfte ihm zuarbeiten. Die schlechte Note bei der Flüchtlingsunterbringung ist dem Umstand geschuldet, dass das ehemalige Polizeigebäude als Unterkunft genutzt werden soll, was auch darin begründet ist, dass die Verwaltung zehn Monate lang den Vorschlägen aus der Politik hinsichtlich mobiler Unterbringungsmöglichkeiten nicht gefolgt ist.

Henning Rehse (WNKUWG)



Freizeitpark: Es kommt auf die CDU an

WG-A 26. 10.

Drei Fraktionen lehnen das Projekt Zenshäuschen ab. Christdemokraten sind noch uneins.

Von Karsten Mittelstädt

Ob auf dem derzeit brachliegenden Gelände bei Zenshäuschen, dem früheren Rangiergelände des Bahnhofes, ein Freizeitpark entsteht, der die Balkantrasse mit einbezieht, ist mehr als fraglich. Gestern bekräftigten noch einmal die Fraktionen von FDP, Büfo und WNK UWG ihre ablehnende Haltung zum Freizeitpark in Zenshäuschen. Sie wollen auch einen Freizeitpark, „aber nicht an dieser Stelle“, stellen Oliver Platt (Büfo), Kevin Felten (FDP) sowie Norbert Kellner und Walter Thiel (WNK UWG) klar.

Auch wenn die Stadtverwaltung wie geplant einen Kompromiss mit den Autohäusern findet, die ebenfalls Interesse an dem Gelände haben, lehnen die genannten Fraktionen Zenshäuschen als Standort ab. Die Stadt solle lieber die Grundstücke an die Autohäuser verkaufen und mit einem Teil der Einnahmen den Freizeitpark an anderer Stelle finanzieren.

Zwei Gründe sind Anlass für die neue Bekräftigung des alten Standpunktes: Wie berichtet, steht seit kurzem definitiv



Bürgermeister Rainer Bleek muss auf die Stimmen der CDU hoffen, will er den Freizeitpark bei Zenshäuschen realisieren.

Foto: Roland Keusch

fest, dass der Freizeitpark nicht mit Hilfe des Leader-Förderprogramms finanziert werden kann. Zum anderen ist der Standpunkt der CDU zu dem Thema noch nicht eindeutig.

Autohaus Messink würde einem Kompromiss wohl zustimmen

SPD und Grüne haben sich bereits eindeutig für den Standort Zenshäuschen ausgesprochen. Die CDU noch nicht. „Wir warten erst einmal die Ergebnisse ab, die uns die Stadtverwaltung vorlegen wird“, sagte CDU-Fraktionsvorsitzender Christian Klicki. Der Ausschuss für Sport, Freizeit und Tourismus hatte beschlossen, für Zenshäuschen weiter nach ei-

nem Kompromiss zu suchen. Nach Informationen des WGA ist das Autohaus Messink durchaus bereit, auf einen Teil des Grundstücks zugunsten des Freizeitparks zu verzichten, das Autohaus Hildebrandt aber nicht. Außerdem soll die Stadtverwaltung noch zwei weitere Standorte untersuchen: den Sportplatz Tente und ein Privatgelände an der Grünestraße, gegenüber der RVK-Niederlassung. Zudem sollen die Kosten für den Freizeitpark beziffert werden. Die liegen noch gar nicht vor.

WNK UWG spricht von Kosten in Höhe von 340 000 Euro. „Woher die diese Zahl haben, ist mir schleierhaft“, sagte

Bürgermeister Rainer Bleek auf WGA-Anfrage. Es gebe grobe Schätzungen der beteiligten Vereine, eine realistische Kosteneinschätzung liege noch gar nicht vor.

Christian Klick ist skeptisch, ob die Kommunalaufsicht zustimmt

Diese soll die Stadtverwaltung bis zur nächsten Sitzung des Sportausschusses am Mittwoch, 16. November, vorlegen. Erst wenn die Kosten für beide Standorte ermittelt sind – Tente scheidet wohl als möglicher Standort aus – will sich die CDU entscheiden. Klicki: „Angesichts der prognostizierten 30 Millionen Euro Kosten für den Ausbau der Sekundarschule,

FRAKTIONEN ERWARTEN KLAGE GEGEN ZENSHÄUSCHEN

STELLUNGNAHME Bürgerforum, FDP und WNK UWG, die sich für einen Freizeitpark, aber gegen den Standort Zenshäuschen aussprechen, rechnen mit einer Klage, sollte sich eine Ratsmehrheit doch für Zenshäuschen aussprechen. Wer gegen den Freizeitpark klagen würde, teilen sie nicht mit. In

Frage kommen aber nur die drei Gewerbebetriebe, die Interesse an den brachliegenden Grundstücken haben, sowie die Anwohner der Straße Zenshäuschen, die sich gegen eine Verlängerung des Balkantrassen-Radweges vorbei an ihren Grundstücken ausgesprochen haben.

für das Hallenbad und andere Projekte kann ich mir nicht vorstellen, dass die Kommunalaufsicht eine freiwillige Ausgabe in sechsstelliger Höhe genehmigt.“ Bis jetzt gibt es nur 50 000 Euro, die für den

Freizeitpark zur Verfügung stehen. Bleek hatte zwar mitgeteilt, dass es bereits Förderzusagen aus der Wirtschaft gebe. Aber auch da zeigt sich der CDU-Fraktionschef skeptisch. » Standpunkt

STANDPUNKT

RVK-Gelände ist eine Option

Von Karsten Mittelstädt

Die Standpunkte in Sachen Freizeitpark Zenshäuschen sind klar. Wie die Ergebnisse des runden Tisches zu werten sind, darüber herrschen aber offenbar unterschiedliche Auffassungen. Bürgermeister Rainer Bleek war nach dem Treffen mit den Verantwortlichen von Lidl, Messink und Hildebrandt optimistisch, dass eine Kompromisslösung gefunden werden kann. Andere Fraktionen, zum Beispiel die WNK UWG, sehen die Chancen pessimistischer. Wie die Beurteilungen letztlich auch zu bewerten sind, ist egal. Fest steht, die CDU wird wohl entscheiden, wo ein Standort für den Freizeitpark gefunden wird. Zwei stehen noch realistisch

zur Disposition. Zenshäuschen, so argumentierten die Befürworter in der Vergangenheit, hat den großen Vorteil, unmittelbar an der Balkantrasse zu liegen, die dadurch noch aufgewertet würde. Das Argument kann man auch für das Gelände schräg gegenüber der RVK-Niederlassung nutzen. Denn das Gelände ist nicht allzu weit von der Stelle entfernt, wo die Balkantrasse nach der Ortsdurchfahrt Wermelskirchen wieder zum Radweg wird. Die Alternative wäre also tatsächlich eine Option. »Freizeitpark...



karsten.mittelstaedt
@rga-online.de

Drei Fraktionen weiterhin gegen Freizeitpark bei Lidl

WERMELSKIRCHEN (ser) Nachdem Bürgermeister Rainer Bleek mitgeteilt hat, dass der Standort Zenshäuschen bei Lidl an der B51 für einen Jugendfreizeitpark nicht durch das Leader-Projekt gefördert wird, machen die Sportpolitiker der Fraktionen von Bürgerforum, FDP und WNKUWG noch einmal ihre Haltung gegen diesen Standort deutlich. „Wir werden uns nicht durch eine vermeintlich starke – vor allem lautstarke – Koalition verschiedener Parteien und Gruppierungen unter Druck setzen lassen, sondern weiterhin unsere Meinung zu diesem wichtigen Thema kundtun und uns erlauben, kritische Fragen zu stellen“, teilen Oliver Platt (Büfo), Kevin Felten (FDP) sowie Norbert Kellner und Walter Thiel (WNKUWG) in einer offiziellen Stellungnahme mit.

Weiter führen sie aus: „Für uns war und ist die Kompromissformel stets ein grundsätzliches Ja zum Jugendfreizeitpark, aber nicht an dieser Stelle.“ Sollte sich eine Mehrheit für Zenshäuschen als Standort für einen Jugendfreizeitpark finden,

„ist der Kompromiss für uns hinfällig, und wir werden uns klar gegen den Park dort aussprechen“, stellen die drei Fraktionen klar. Es bleibe aus ihrer Sicht zu hoffen, „dass die CDU als Zünglein an der Waage sich nicht zum Handlanger bei der Umsetzung eines Projekts in dieser Form macht, das wieder einmal ein Paradebeispiel für die Klientelpolitik der Befürworter des Standortes Zenshäuschen ist“.

Das Begehren einiger weniger dürfe bei der aktuellen finanziellen Situation nicht über die politische Verantwortung gegenüber allen Bürgern der Stadt gestellt werden. Die Fraktionen von Bürgerforum, FDP und WNKUWG sind der Meinung, dass die Fläche bei Zenshäuschen zu klein ist, um dort für viele Jugendliche mit unterschiedlichen Nutzungen ein Angebot zu schaffen und so den Park für einen großen Kreis attraktiv zu machen.

Zudem sei die Fläche hinsichtlich des Lärms sensibel, Konflikte seien vorprogrammiert. Man müsse mit Klagen rechnen.